

Bürgerzentrum: Rat stimmt für voll ausgebautes Untergeschoss

Keine Einigkeit beim Keller



CDU und FDP sind dafür, Grüne, SPD und UWG dagegen: Das neue Bürgerzentrum wird vollunterkellert. Nach dem bisherigen Planungsstand hätte es nur eine Teilunterkellerung gegeben. (Uding Projektmanagement)

Von Vera Szybalski

NORDWALDE Soll nur ein Teil des Bürgerzentrums unterkellert werden oder das ganze Gebäude? Oder sollte es doch lieber gar keinen Keller geben? Mit diesen Fragen haben sich die Ratsmitglieder in der Sitzung am Dienstagabend auseinandergesetzt – und waren dabei in zwei Lager gespalten: Während CDU und FDP eine Vollunterkellerung befürworteten, ging es Grünen, SPD und UWG gar nicht so sehr um den Keller an sich als vielmehr um die hohen Kosten für das Bürgerzentrum, die durch ein vollständiges Kellergeschoss noch steigen. Auf 142 800 Euro schätzt das Büro Uding Projektmanagement die zusätzlichen Kosten. Mit den Stimmen von CDU und FDP votierte der Rat schließlich für eine Vollunterkellerung. Grüne, SPD und UWG stimmten dagegen.

Bereits früher beschlossen hatte der Rat, dass das Bürgerzentrum ein Untergeschoss erhalten soll. Darin soll unter anderem Platz für eine Tiefgarage für sechs Fahrzeuge, Abstellmöglichkeiten für die Dienst-E-Bikes, einen Notstromversorger, die Registratur, eine Werkstatt für den Hausmeister und viel Technik sein. Rund 100 Quadratmeter wären nach der bisherigen Planung nicht unterkellert gewesen. Das könnte der Gemeinde noch Probleme bereiten, wenn im Laufe der Jahre Setzrisse auftreten würden. Ein Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die Befürchtung durchaus berechtigt ist.

Angesichts der Kostenschätzung von gut einer halben Million Euro für den Keller, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Hans-Ulrich Rhein: „Wir denken, dass sich das auch billiger darstellen lässt.“ Ein Teil der Fahrzeuge könnte beispielsweise auf dem Bauhof abgestellt werden. Es sei „höchste Zeit, sich ein kleines bisschen einzuschränken“, so wie es jeder private Bauherr auch machen würde, sagte Rhein. Die Argumentation zu den Problemen einer Teilunterkellerung könnten sie verstehen: „Die Lösung für uns wäre jetzt, auf den Keller vollständig zu verzichten.“

Ludwig Reichert (UWG) argumentierte ähnlich und auch Oliver Hesse schloss sich an: „Wir sind nicht begeistert von den Kosten“, sagte der Grünen-Fraktionssprecher.

Anders bewerteten CDU und FDP die Situation: „Die Gefahr von Setzrisen ist groß“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Tobias Elshoff. „Wir sehen die Gefahr von Folgekosten in den nächsten Jahren.“ Es entstünden zwar Mehrkosten beim Bau durch eine Vollunterkellerung, die CDU sei aber der Ansicht, dass Setzrisse und die Folgen „uns teurer zu stehen kommen“, sagte Elshoff. Einem von den Grünen ins Spiel gebrachten Planungsstopp erteilte er eine Absage: „Mit uns wird es keinen Stopp geben.“ Sie seien zwar auch „nicht erfreut über die Kostenexplosion“, sagte FDP-Fraktionsvorsitzender Klaus Grummel. Aber in diesem Verfahren „mehrere Rollen rückwärts zu machen“, helfe nicht weiter. Das Gutachten unterstreiche die Befürchtung von Setzrisen.

Was in den zusätzlichen Kellerräumen untergebracht werden könnte, darüber hat sich die Verwaltung bereits Gedanken gemacht. Eigentlich sollte nach dem Bau des Bürgerzentrums ein zusätzliches Gebäude gebaut, gekauft oder angemietet werden, um dort das Archiv der Gemeinde unterzubringen. Das könnte stattdessen Platz im Keller des Bürgerzentrums finden.

„Das wäre ein idealer Raum für ein Archiv“, sagte Claus Ufermann, Stabsstelle der Bürgermeisterin. Temperatur und Feuchtigkeit könnten dort so konstant gehalten werden, wie es in einem Archiv sein muss. Und der Bereich kann so hermetisch abgeriegelt werden, wie bei einem Archiv nötig. In Gesprächen mit dem westfälischen Archivamt hat die Gemeinde schon mal angefragt, wie groß ein Archiv für eine 10 000-Einwohner-Kommune sein muss. „Mit den 100 Quadratmetern wären wir für die nächsten 15 Jahre gut aufgestellt“, sagte Ufermann. Danach müsse man sehen, wie viele Papiere überhaupt noch archiviert werden und wie viel nur noch in digitaler Form vorliegt. Klar ist: Es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass Original-Dokumente zu erhalten sind und damit ein Archiv benötigt wird.
